



Freundlicher als das Bild vermuten lässt, war in Schwarze Pumpe die Atmosphäre zwischen den Vattenfall-Betriebsräten Rüdiger Siebers (l.), Toralf Smith und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Fotos: dpa

„Ich werde keine Jahreszahl für den Kohleausstieg nennen“

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks besucht Lausitzer Braunkohlerevier / Gespräch mit Betriebsräten über Strukturwandel



Beschäftigtenzahlen stehen auf Schildern, mit denen Bergarbeiter in Schwarze Pumpe für den Erhalt ihrer Jobs demonstrieren.



Umweltaktivisten protestieren vor dem Kraftwerk Schwarze Pumpe gegen Kohlestrom und neue Tagebaue in der Lausitz.

Wie schnell macht die Energiewende die Braunkohleverstromung in der Lausitz überflüssig? Wer beim Besuch von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) im Revier auf einen klaren Zeitplan hoffte, wurde enttäuscht.

Von Simone Wendler

Schwarze Pumpe. An der Zufahrt zum Kraftwerk Schwarze Pumpe hatten beide Seiten mit Transparenten und Fahnen Aufstellung genommen. Etwa 200 Vattenfall-Mitarbeiter und rund zwei Dutzend Bergbauegegner. Von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die an diesem Tag auf Einladung der Vattenfall-Betriebsräte die Lausitz besucht, erhofften sich beide Gruppen höchst Unterschiedliches.

Die einen wollen noch möglichst lange Braunkohle fördern und Strom daraus erzeugen, denn das sichert noch immer rund 8000 gut bezahlte Industriebeschäftigte in der Region. Die anderen wollen, dass mit dem Braunkohlebergbau so schnell wie möglich Schluss ist, die Erweiterungstagesbaue Nochten II und Welzow-Süd II nicht mehr angefasst werden. Ein fester Ausstiegsplan aus der Braunkohle so wie beim deutschen Atomausstieg wäre den Kohlekritikern deshalb am liebsten. Doch darauf lässt sich Hendricks am Montag nicht ein.

„Von mir werden sie heute hier keine Jahreszahl für einen Kohleausstieg hören“, sagt sie in einem Pressegespräch nach dem Tref-

fen mit den Betriebsräten. „Ich halte es für möglich, dass der Umbau in 20 bis 25 Jahren gelingen könnte, ich habe das aber nicht gefordert“, stellt sie klar. Gleichzeitig betont sie, dass „Mitte des Jahrhunderts“ Braunkohlestrom in Deutschland keine Rolle mehr spielen werde.

Deshalb sollte mit dem Strukturwandel in der Lausitz nicht gewartet werden. Hendricks versprach dafür auch finanzielle Unterstützung des Bundes, ohne genaue Summen zu nennen. Parallel zur Braunkohlewirtschaft müssten neue Industriearbeitsplätze entstehen. Das könnte auch in der weiteren Entwicklung von Energiespeichertechnologien geschehen.

Bei dem von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) angeregten „runden Tisch“ werde es um die Weiterführung der Energiewende insgesamt gehen, kündigt Hendricks in Schwarze Pumpe an. Also auch um die Frage, wie es mit dem Netzausbau weiter vorangeht und mit den Speicherproblemen. Petra Reinbold-Knape, Mitglied im Hauptvorstand der Bergbaugewerkschaft IG BCE, die an dem Treffen teilnahm, hatte vorher klargestellt, wo für die Arbeitnehmervertreter die rote Linie ist: „Einem runden Tisch nur zur Organisation des Kohleausstiegs wird es mit der IG BCE und den Vattenfall-Betriebsräten nicht geben.“

Die Gesamtbetriebsräte der Vattenfall-Tagebaue und -Kraftwerke machen vor der Bundesumweltministerin auch ihrem Unmut Luft, dass „ein Überbietungswettbewerb in Sachen Kohleausstieg“ für den laufenden Verkaufsprozess der Vattenfall-Braunkohlesparte das Schlimmste sei, was geschehen könne. „Wenn das nicht aufhört, passiert genau das, was alle politisch Verantwortlichen vermeiden wollen, der Strukturbruch einer ganzen Region“, sagt Rüdiger Siebers, Gesamtbetriebsratschef des Bergbaubereiches.

Das will auch Hendricks nicht. Eine Situation wie Anfang der 90er-Jahre, als Tausende Beschäftigte ihren Job in der Kohle verloren, dürfe es für die Lausitz nicht noch mal geben, versichert sie. Von Planungssicherheit und Verlässlichkeit ist viel

die Rede am Montag in Schwarze Pumpe.

Als sie am Nachmittag abreist, hält sie für wenige Minuten noch mal bei den Bergbauegnern, die fast vier Stunden im Nieselregen ausgeharrt haben. „Uns ist wichtig, dass der Kohleausstieg so passiert, dass kein weiteres Dorf mehr abgebaggert wird“, trägt Rene Schuster von der Cottbuser Umweltgruppe das Anliegen der Demonstranten vor.

Doch dazu will sich Barbara Hendricks nicht äußern. „Braunkohlepläne sind Landessache“, stellt sie klar. Dann dreht sie sich um zu den Braunkohlekumpeln, die inzwischen von der anderen Straßenseite herübergekommen sind, sagt kurz etwas von „Recht auf Zukunft“ und „dass wir das hier gemeinsam machen“, steigt ins Auto und ist weg.



Lausitzer Bürgermeister sprechen sich für Erhalt des Braunkohle-Bergbaus aus

Region fordert Mitspracherecht bei der Umsetzung der Klimaziele / Bund soll Strukturwandel mit finanzieren

Zehn Bürgermeister aus dem Raum Weißwasser und Spremberg haben am Montag mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks gesprochen. Thema war die Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz.

Von Gabi Nitsche, Christian Köhler und Regina Weiß

Spremberg. „Die Ministerin hat uns intensiv zugehört“, sagt Rietschens Bürgermeister Ralf Brehmer (Freie Wähler). Sie bekam am Montag einiges zu hören. Die Bürgermeister aus Spremberg, Welzow, Weißwasser, Rietschen, Boxberg, Spreetal, Trebendorf, Schleife, Groß Düben und Krauschwitz sowie Land- und Bundestagsabgeordnete der SPD berichteten Barbara Hendricks beispielsweise über Gewerbesteuerausfälle durch Vattenfall, die tiefe Löcher in die Kassen reißen, und

ihre Sorgen, was die Zukunft der Region betrifft, infolge des Vattenfall-Verkaufs und der Umsetzung der Klimaziele nach Paris. „Wir haben ihr deutlich gemacht, dass wir die Braunkohle so lange wie möglich erhalten wollen, weil sehr viele Arbeitsplätze daran hängen“, so Brehmer. Die Ministerin habe versichert, so Brehmer, die Region mitzunehmen, wenn es um die Diskussion zum Klimaschutzplan gehe. Dieser soll im Sommer im Bundestag diskutiert werden.

Manfred Hermasch (CDU), amtierender Bürgermeister in Schleife, wies gegenüber der Ministerin auf die genehmigten Braunkohlenpläne hin. „Seit 2004 sind wir in der Schleifer Region mit den Bürgern in Sachen Umsiedlung unterwegs, haben Entwicklungskonzepte aufgestellt für eine lebenswerte Region – trotz des Bergbaus vor der

Haustür.“ Die Bundespolitik betrachte die Entwicklung zu sehr unter dem Klima-Aspekt, aber nicht unter dem der Wirtschaftlichkeit. „Es ist nicht damit getan, einfach nur Windräder hinzu-

stellen. Die Region will einbezogen werden, es geht um die Zukunft der Lausitz. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir länderübergreifend für die gleiche Sache kämpfen. Denn das,

was wir gerade erleben, ist ein großer Vertrauensverlust der Bürger in die Politik. Wir vor Ort sollen den Menschen Antwort geben, derweil Bundespolitiker jeden Tag eine andere Meinung haben oder sich wegducken.“

Dass die Lausitz dazu mit einer Stimme spricht und sich für den Erhalt als Energieregion einsetzt, ist auch für Weißwassers Oberbürgermeister Torsten Pötzsch (Klartext) von immenser Wichtigkeit. Dabei wolle man nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Um Klimaziele umsetzen zu können, müssten die Menschen in den von Strukturbrüchen bedrohten Regionen mitgenommen werden. Weißwasser war in den vergangenen Jahren arg vom Bevölkerungsschwund betroffen und nun seien erneut Arbeitsplätze in Größenordnung bedroht. „Deshalb finde ich eine Art Sonderwirtschaftszone für

uns nicht schlecht, in der der Strukturwandel gesondert gefördert wird“, so Pötzsch. Damit sei er sich mit seiner Amtskollegin in Welzow einig.

„Uns ist es wichtig, dass die Strukturentwicklung mit Bundesgeld begleitet wird“, unterstreicht Ralf Brehmer. Außerdem sollte Augenmerk auf die Ansiedlung von innovativen Technologien in der Region gelegt werden. Hermasch erinnerte in dem Zusammenhang an das CCS-Projekt von Vattenfall. „Aber es war die Politik, die einen Strich durch die Rechnung machte“, so Hermasch.

Senkung des CO₂-Ausstoßes bedeute nicht automatisch Ausstieg aus der Braunkohle. Es gehe darum, CO₂-neutral zu sein, so SPD-Landtagsabgeordneter Thomas Baum aus Bad Muskau: „Da ist die gesamte Wirtschaft gefordert.“



Zu den zehn Bürgermeistern, die sich mit Umweltministerin Barbara Hendricks getroffen haben, gehörten Kerstin Antonius (2.v.l.) aus Trebendorf und Ralf Brehmer aus Rietschen (3.v.l.). Foto: Michael Heger